

Prostitutionsgewerbeverordnung * (PGV)

vom 05.12.2012 (Stand 01.09.2026)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

gestützt auf Artikel 6 Absatz 2 sowie Artikel 19 und 25 des Gesetzes vom 7. Juni 2012 über das Prostitutionsgewerbe (PGG)¹⁾,

auf Antrag der Polizei- und Militärdirektion, *

beschliesst:

1 Ausnahme von der Bewilligungspflicht *

Art. 1 *

¹ Keine Bewilligung für eine Tätigkeit gemäss Artikel 5 Absatz 1 PGG benötigt, wer nicht mehr als zwei für die Ausübung der Prostitution bestimmte Räumlichkeiten zur Verfügung stellt und die Prostitution dabei höchstens durch eine weitere Person ausgeübt wird. *

² Wer unter die Ausnahme gemäss Absatz 1 fällt, *

- a* * hat dies der Bewilligungsbehörde unter Bekanntgabe der Angaben gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a sowie Absatz 2 Buchstabe a und b vorgängig zu melden,
- b* * hat die Pflichten gemäss Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a bis g und k PGG einzuhalten.

1a Verfahren *

Art. 1a * Verfahren um Erteilung einer Bewilligung

¹ Personen, die eine Tätigkeit gemäss Artikel 5 Absatz 1 PGG ausüben wollen, haben mindestens 60 Tage vor der geplanten Betriebseröffnung um eine Bewilligung zu ersuchen, wobei das von der Bewilligungsbehörde zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden ist.

² Das Bewilligungsgesuch ist schriftlich bei der zuständigen Stelle der Standortgemeinde einzureichen; diese prüft und leitet es mit ihrer Stellungnahme an die Bewilligungsbehörde weiter.

¹⁾ BSG [935.90](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 2 *Einzureichende Angaben und Unterlagen*

¹ Das Bewilligungsgesuch hat zur Gesuchstellerin oder zum Gesuchsteller bzw. zur verantwortlichen Person gemäss Artikel 7 Absatz 3 PGG folgende Angaben und Unterlagen zu enthalten: *

- a Vor- und Nachname, Geschlecht, Geburtsdatum, Heimatort bzw. Staatsangehörigkeit sowie Wohnadresse,
- b gut leserliche Farbkopie eines amtlichen Identitätsausweises,
- c bei Ausländerinnen und Ausländern zusätzlich eine amtliche Bescheinigung über die Aufenthaltsregelung (z.B. Kopie der Aufenthaltsbewilligung),
- d Handlungsfähigkeitszeugnis
- e Strafregistrauszug,
- f Betreibungsregistrauszug über die letzten fünf Jahre.

² Es hat zu den Räumlichkeiten, in denen die bewilligungspflichtige Tätigkeit gemäss Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a PGG ausgeübt werden soll («Salon»), folgende Angaben und Unterlagen zu enthalten: *

- a Name und Adresse des Salons,
- b falls vorhanden Telefonnummer sowie Adresse des Internetauftritts des Salons,
- c Betriebszeiten,
- d Grundrisspläne, aus denen die Grösse und Anzahl aller Räume hervorgeht, die zum Betrieb gehören, wobei die Räume, in denen die Prostitution ausgeübt werden soll, und die Sanitäranlagen speziell zu markieren sind,
- e die Preise für die Miete der Räume, in denen die Prostitution ausgeübt werden soll, einschliesslich der Nebenkosten, insbesondere für Bett- und Frottéwäsche sowie Zimmerreinigung,
- f maximale Anzahl der Personen, die im Salon die Prostitution ausüben,
- g Kopien von weiteren zum Betrieb erforderlichen Bewilligungen (wie Gastgewerbe- und Baubewilligung usw.) oder, falls noch nicht vorhanden, Kopien der entsprechenden Gesuchsanträge.

³ Bei Gesuchen für Kontaktvermittlungen gemäss Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b PGG («Escort-Service») sind folgende Angaben und Unterlagen einzureichen: *

- a Name und Adresse des Escort-Services,
- b falls vorhanden Telefonnummer sowie Adresse des Internetauftritts des Escort-Services.

⁴ Juristische Personen haben zusätzlich einen Auszug aus dem Handelsregister und dem Register des Betreibungs- und Konkursamts der Sitze der juristischen Person der letzten fünf Jahre einzureichen.

⁵ Bei ausländischen Staatsangehörigen, juristischen Personen mit heutigem oder früherem Sitz im Ausland oder wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller bzw. die verantwortliche Person gemäss Artikel 7 Absatz 3 PGG zuvor im Ausland ihren Wohnsitz hatte, können gleichwertige ausländische Unterlagen verlangt werden. *

⁶ Die Unterlagen gemäss Absatz 1 Buchstabe d bis f und Absatz 4 und 5 dürfen nicht älter als drei Monate sein.

Art. 3 *Verfahren um Erneuerung einer Bewilligung*

¹ Das Gesuch um Erneuerung der Bewilligung ist spätestens 60 Tage vor Ablauf der Bewilligungsdauer schriftlich bei der zuständigen Stelle der Standortgemeinde einzureichen; diese prüft und leitet es mit ihrer Stellungnahme an die Bewilligungsbehörde weiter.

Art. 4 *Gebühren*

¹ Die Gebührenerhebung der Bewilligungsbehörde gemäss Artikel 15 PGG richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 22. Februar 1995 über die Gebühren der Kantonsverwaltung (Gebührenverordnung, GebV)²⁾.

2 Pflichten *

Art. 5 *Pflichten der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers*

1. Registerführung

¹ Das Register gemäss Artikel 10 PGG hat folgende Angaben und Unterlagen über die Personen zu enthalten, die im Verantwortungsbereich der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 PGG die Prostitution ausüben:

- a Vor- und Nachname, Pseudonym, Geschlecht, Geburtsdatum und -ort sowie Heimatort bzw. Staatsangehörigkeit,
- b gut leserliche Farbkopie eines mit einem Foto versehenen amtlichen Identitätsausweises,
- c bei Ausländerinnen und Ausländern zusätzlich eine amtliche Bescheinigung über die Aufenthaltsregelung (z.B. Kopie einer Aufenthaltsbewilligung) und die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit,

²⁾ BSG 154.21

d Zeitpunkt der Aufnahme und Beendigung der Prostitutionstätigkeit.

² Anzugeben sind zudem die Einzelheiten der erbrachten Leistungen der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers (Zurverfügungstellung und Benutzung von Räumlichkeiten, Sanitäranlagen, Wäscherei- oder Werbediensten oder dergleichen) und die dafür von der die Prostitution ausübenden Person erbrachten Abgeltungen.

³ Das Register ist aktuell zu halten. Änderungen der Registereinträge, insbesondere nach Aufnahme oder Beendigung der Prostitutionstätigkeit im Betrieb, sind umgehend vorzunehmen.

⁴ Die Bewilligungsbehörde kann Vorgaben über die Form des Registers machen.

⁵ Die Bewilligungsinhaberin oder der Bewilligungsinhaber hat das Register vor dem Zugriff unberechtigter Personen zu schützen. Bei Kontrollen gemäss Artikel 12 PGG ist das Register den Behörden unaufgefordert vorzulegen. *

Art. 6 2. Mitteilung und Information

¹ Änderungen in den persönlichen und betrieblichen Verhältnissen gemäss Artikel 8 PGG bzw. Artikel 2 Absatz 1 bis 3 sind der Bewilligungsbehörde umgehend nach ihrem Bekanntwerden mitzuteilen.

² Die Bewilligungsinhaberin oder der Bewilligungsinhaber hat in den Räumlichkeiten, in denen die bewilligungspflichtige Tätigkeit gemäss Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a PGG ausgeübt werden soll, gut sichtbar und mehrsprachig anzubringen: *

- a * Hinweise zu Informationsangeboten sowie Adressen und Telefonnummern der Leistungserbringer gemäss Artikel 75 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. März 2021 über die sozialen Leistungsangebote (SLG)³⁾, die Aufgaben gemäss Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe c SLG erfüllen,
- b * Hinweise zu Hilfsangeboten für Opfer von Menschenhandel sowie Adressen und Telefonnummern der entsprechenden Leistungserbringer,
- c * die Telefonnummer der Kantonspolizei und der Bewilligungsbehörde.

Art. 7 3. Massnahmen im Bereich Sicherheit, Sauberkeit und Hygiene

¹ Die Bewilligungsinhaberin oder der Bewilligungsinhaber sorgt insbesondere dafür, dass

- a die Räumlichkeiten, das Mobiliar und das Bettzeug regelmässig gereinigt werden,

³⁾ BSG [860.2](#)

- b* die die Prostitution ausübenden Personen über eine angemessene Raumfläche und Sanitäranlagen mit Duschmöglichkeit verfügen,
- c* * den die Prostitution ausübenden Personen Präservative und wasserlösliche Gleitmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden,
- d* * geeignetes Informationsmaterial zur Verhütung von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten gut sichtbar, mehrsprachig und kostenlos im Betrieb zugänglich ist.

3 Kommission für das Prostitutionsgewerbe *

Art. 8 *

¹ Die Kommission für das Prostitutionsgewerbe (KOPG) ist ein beratendes Fachorgan des Kantons und der Gemeinden.

² Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern

- a* * der Regierungsstatthalterämter (Vorsitz),
- b* * der Kantonspolizei,
- c* * der Staatsanwaltschaft,
- d* * des Amts für Bevölkerungsdienste,
- e* * der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion,
- f* * der Arbeitsmarktbehörde der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion,
- g* der vom Prostitutionsgewerbe betroffenen Gemeinden,
- h* * der Leistungserbringer gemäss Artikel 75 Absatz 1 SLG,
- i* * der Steuerverwaltung.

³ Die KOPG *

- a* informiert sich regelmässig über die Entwicklungen im Prostitutionsgewerbe,
- b* * fördert die Koordination der Tätigkeiten der zuständigen Behörden und der Leistungserbringer gemäss Artikel 75 Absatz 1 SLG,
- c* * macht der Sicherheitsdirektion zuhanden des Regierungsrats Vorschläge für Änderungen der Gesetzgebung,
- d* * prüft die Wirksamkeit der im Bereich des Prostitutionsgewerbes getroffenen Massnahmen und erstattet der Sicherheitsdirektion bei Bedarf oder auf Verlangen Bericht.

⁴ ... *

⁵ Die Sicherheitsdirektion ernennt die Mitglieder auf Antrag der Behörden und Stellen gemäss Absatz 2. Im Übrigen konstituiert sich die Kommission selbst. *

⁶ Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt vier Jahre und wird stillschweigend verlängert, wenn die Sicherheitsdirektion keine neue Ernennung gemäss Absatz 5 vornimmt. *

4 Datenschutz *

Art. 9 *

¹ Die Bewilligungsbehörde führt eine elektronische Datensammlung mit folgenden Daten:

- a* Angaben gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a,
- b* Angaben gemäss Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a bis c bzw. Artikel 2 Absatz 3,
- c* verfügte Dauer, Auflagen und Bedingungen der Bewilligung,
- d* Angaben über bisherige Kontrollen (Datum, allfällig festgestellte Verfehlungen usw.),
- e* * Angaben zu weiteren gemäss dem PGG bewilligungspflichtigen Tätigkeiten der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers.

² Das Rechtsamt der Direktion für Inneres und Justiz sorgt im Sinne von Artikel 11 Absatz 2 des Kantonalen Datenschutzgesetzes vom 3. Dezember 2025 (KDSG)⁴⁾ für den Datenschutz. *

³ Die Auskunfts- und Einsichtsrechte richten sich nach den Bestimmungen der Datenschutzgesetzgebung.

⁴ Die Bewilligungsbehörde vernichtet die Daten einer Bewilligungsinhaberin oder eines Bewilligungsinhabers spätestens zehn Jahre nach Erlöschen der Bewilligung.

4a Strafbestimmungen *

Art. 9a *

¹ Wer die Pflichten gemäss Artikel 1 Absatz 2 verletzt, wird mit Busse bis 2000 Franken bestraft.

² Die gestützt auf die vorliegende Verordnung ausgefallten Strafurteile sind der Bewilligungsbehörde mitzuteilen.

⁴⁾ BSG [152.04](#)

5 Schlussbestimmungen *

Art. 10 *Änderung von Erlassen*

¹ Folgende Erlasse werden geändert:

1. Verordnung vom 18. Oktober 1995 über die Organisation und die Aufgaben der Polizei- und Militärdirektion (Organisationsverordnung POM, OrV POM):
2. Verordnung vom 22. Februar 1995 über die Gebühren der Kantonsverwaltung (Gebührenverordnung, GebV):

Art. 11 *Inkrafttreten*

T1 Übergangsbestimmung der Änderung vom 12.06.2019 *

Art. T1-1 *

¹ Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung vom Regierungsrat gewählten Mitglieder der KOPG wirken weiterhin in der Kommission mit, soweit die zuständigen Behörden und Stellen gemäss Artikel 8 Absatz 2 der Polizei- und Militärdirektion nichts anderes beantragen.

T2 Übergangsbestimmung der Änderung vom 21.06.2023 *

Art. T2-1 *

¹ Wer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung eine Tätigkeit gemäss Artikel 1 Absatz 1 ausübt und über eine Bewilligung gemäss Artikel 7 PGG verfügt, hat die Meldung gemäss Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a vor Ablauf der Bewilligung vorzunehmen.

Bern, 5. Dezember 2012

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Rickenbacher
Der Staatsschreiber: Nuspliger

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
05.12.2012	01.04.2013	Erlass	Erstfassung	13-7
30.08.2017	01.11.2017	Art. 7 Abs. 1, c	geändert	17-043
30.08.2017	01.11.2017	Art. 7 Abs. 1, d	eingefügt	17-043
12.06.2019	01.08.2019	Erlassstitel	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 1	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 2	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2, a	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2, b	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 6 Abs. 2, c	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 3	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8	Titel geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, a	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, b	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, c	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, h	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 2, i	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 3	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 3, d	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 4	aufgehoben	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 5	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 8 Abs. 6	geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 4	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 9	Titel geändert	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel 5	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. 11 Abs. 1	aufgehoben	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Titel T1	eingefügt	19-038
12.06.2019	01.08.2019	Art. T1-1	eingefügt	19-038
24.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 2, d	geändert	21-021
24.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 2, e	geändert	21-021
24.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 2, f	geändert	21-021
24.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 3, c	geändert	21-021
24.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 3, d	geändert	21-021
24.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 5	geändert	21-021
24.02.2021	01.04.2021	Art. 8 Abs. 6	geändert	21-021
24.02.2021	01.04.2021	Art. 9 Abs. 2	geändert	21-021
21.06.2023	01.08.2023	Ingress	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Titel 1	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 1	Titel geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 1 Abs. 1	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 1 Abs. 2	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 1 Abs. 2, a	eingefügt	23-037

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
21.06.2023	01.08.2023	Art. 1 Abs. 2, b	eingefügt	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Titel 1a	eingefügt	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 1a	eingefügt	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 2 Abs. 1	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 2 Abs. 2	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 2 Abs. 3	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 2 Abs. 5	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 5 Abs. 5	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 6 Abs. 2	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 6 Abs. 2, a	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 8 Abs. 2, h	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 8 Abs. 3, b	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 9 Abs. 1, e	geändert	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Titel 4a	eingefügt	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. 9a	eingefügt	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Titel T2	eingefügt	23-037
21.06.2023	01.08.2023	Art. T2-1	eingefügt	23-037
24.06.2026	01.09.2026	Art. 9 Abs. 2	geändert	26-047

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erllass	05.12.2012	01.04.2013	Erstfassung	13-7
Erlasstitel	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Ingress	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Titel 1	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Titel 1	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 1	21.06.2023	01.08.2023	Titel geändert	23-037
Art. 1 Abs. 1	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 1 Abs. 2	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 1 Abs. 2, a	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037
Art. 1 Abs. 2, b	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037
Titel 1a	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037
Art. 1a	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037
Art. 2 Abs. 1	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 2 Abs. 2	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 2 Abs. 3	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 2 Abs. 5	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Titel 2	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 5 Abs. 5	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 6 Abs. 2	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 6 Abs. 2	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 6 Abs. 2, a	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 6 Abs. 2, a	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 6 Abs. 2, b	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 6 Abs. 2, c	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 7 Abs. 1, c	30.08.2017	01.11.2017	geändert	17-043
Art. 7 Abs. 1, d	30.08.2017	01.11.2017	eingefügt	17-043
Titel 3	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 8	12.06.2019	01.08.2019	Titel geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, a	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, b	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, c	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, d	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021
Art. 8 Abs. 2, e	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021
Art. 8 Abs. 2, f	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021
Art. 8 Abs. 2, h	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 2, h	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 8 Abs. 2, i	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 8 Abs. 3	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 3, b	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 8 Abs. 3, c	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021
Art. 8 Abs. 3, d	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 3, d	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 8 Abs. 4	12.06.2019	01.08.2019	aufgehoben	19-038
Art. 8 Abs. 5	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 5	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021
Art. 8 Abs. 6	12.06.2019	01.08.2019	geändert	19-038
Art. 8 Abs. 6	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021
Titel 4	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 9	12.06.2019	01.08.2019	Titel geändert	19-038
Art. 9 Abs. 1, e	21.06.2023	01.08.2023	geändert	23-037
Art. 9 Abs. 2	24.02.2021	01.04.2021	geändert	21-021
Art. 9 Abs. 2	24.06.2026	01.09.2026	geändert	26-047
Titel 4a	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037
Art. 9a	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037
Titel 5	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. 11 Abs. 1	12.06.2019	01.08.2019	aufgehoben	19-038
Titel T1	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Art. T1-1	12.06.2019	01.08.2019	eingefügt	19-038
Titel T2	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037
Art. T2-1	21.06.2023	01.08.2023	eingefügt	23-037